

Projektmeldung | Tuvalu | Arbeitsmarkt, Lohn- und Lohnnebenkosten

## 4th Development Policy Operation Program

### Finanzierungsbewilligung

02.10.2018

<b>Land:</b>	Tuvalu
<b>Finanzierung:</b>	Weltbankgruppe (IBRD)/ Internationale Entwicklungsorganisation / International Development Association (IDA)
<b>Referenznummer:</b>	P161867
<b>Kategorie:</b>	Arbeitsmarkt, Lohn- und Lohnnebenkosten
<b>Träger:</b>	Ministry of Finance and Economic Development

Mit einem Zuschuss in Höhe von 7,5 Mio. US\$ unterstützt die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) den zweiten Teil in einer Reihe von zwei Entwicklungsvorhaben in Tuvalu. Ziel des Projekts ist die Unterstützung der Regierung bei Reformen zur Verbesserung der sozialen Dienstleistungen und der volkswirtschaftlichen Nachhaltigkeit. Vorgesehen sind u.a. Maßnahmen zur Verbesserung der Bereitstellung von Bildungs- und Gesundheitsdiensten durch die Förderung der Sekundarschulbildung und der Minderung der Risikofaktoren von nicht übertragbaren Krankheiten. Die volkswirtschaftliche Nachhaltigkeit soll u.a. unterstützt werden durch die Verbesserung der Aufsicht und Nachhaltigkeit des Bankensektors.

Bitte melden Sie sich an, um diesen Inhalt aufzurufen

Klicken Sie auf den Button "My GTAI Login" und loggen Sie sich mit Ihrer Benutzererkennung ein. Sollten Sie für diese Webseite noch kein Benutzerkonto haben, können Sie sich hier schnell **KOSTENLOS REGISTRIEREN**

[My GTAI Login](#)

**Mehr zu:**

Tuvalu

Arbeitsmarkt, Lohn- und Lohnnebenkosten / Konjunktur / Beratung, Planung und Forschung, übergreifend /  
Öffentliche Verwaltung und Regierung / Soziale Entwicklung / Banken, Kreditinstitute / Schul-, Hochschulbildung /  
Öffentliche Finanzen, Staatshaushalt / Gesundheitswesen, übergreifend  
Projekte

---

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.